

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Dezember 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die längste Patente Zelle: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamehinlagen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 142

### Streiflichter auf die Haupttagungen der Prinzipalität

XI.

Die preispolitischen Verhältnisse und daneben gehend das Kapitel Behörden und Druckfachausschläge könnten und müßten uns noch Veranlassung geben, der andern Seite von der Rohntariffrage, sorgsame Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist zwar in diesen qualvollen Zeitaltern des Zusammenbruchs Mode geworden, weil das Geld immer höher ansteigt und Verzweiflung fast jedes Köpfchen zuhause macht, den Ausblick in das kühle Land des Sozialismus zu verstärken und dabei manchmal zu verkehrten Schlüssen über das heutige Schicksal und die gegenwärtigen Bedingungen zu gelangen oder diese gar unter den Neulandperspektiven leiden zu lassen. Das ist, wie in der vorigen Nummer mit dem in einem Artikel auszuge zu findenden Diktum: 40 Mk. Rohnerhöhung ohne jegliche Preissteigerung für das Produkt, und an dem hierzu von dem unabhängigen Zentralorgan „Freiheit“ genommenen Gegenbeispiel aus dem Leben veranschaulicht wurde, nicht richtig. In unserm Falle würde man damit die sowieso schwankenden Ausschläge auf eine angemessenere Steuererhöhung geradzu folgeschlagen. Dabei kann an Widerstand gegen ein Ertragsteuern der Unternehmer bei Rohnerhöhungen, wie es in der Kriegsindustrie geradezu ausartend Mode war, immer noch alles Erforderliche geschehen, weil es eine Notwendigkeit ist.

Auf keinen Fall dürfen wir aber wie Kirchengläubige, deren Rollen ganz von Vorstellungen über das Paradies im Himmel eingenommen ist, die Realitäten des Lebens, an denen wir mit unsrer Existenz ganz erheblich interessiert sind, unbeachtet lassen. So hat die Generalversammlung in Würzburg 1918 einstimmig den beherrschenden Druckpreisdruckern den Standpunkt klar gemacht, und nach dem politischen Umsturz, in den ersten Monaten von 1919, haben wir die buchhändlerischen Spezialisten im Niederkommen der Druckpreise noch entschiedener bekämpft als unter gewohnheitsmäßigem Zwange schon seit Jahrzehnten.

Im beiderlei Hinsicht blieben die Verhandlungen in Leipzig sowohl wie der Geschäftsbericht des Deutschen Buchdruckervereins ein so ergiebiges Material, daß, zumal wegen der von der Prinzipalitätsorganisation beschlossenen neuen Wege restloser Durchsetzung des Preisstaris auch die Tarifgemeinschaft zu gewissen anderen Regelungen kommen müßte, es empfehlenswerter erscheint, nach den Berliner Tagungen diese Fragen im großen aufzurollen. Dann können wir unsre Kollegen auch besser aufklären über Schwierigkeiten für die Prinzipale, die man nicht ganz verkennen darf. Es läßt sich später da über manches viel gründlicher sprechen als jetzt vor den Verhandlungen. Wir werden also in selbständigen Artikeln später erst zu dem eigentlichen Zwecke kommen.

Damit machen wir Schluß mit den Streiflichtern, von denen wir eine gute Wirkung bei den Beratungen in Berlin erhoffen.

### Kreisvorständekonferenz

des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker.

Am 23. und 24. November tagte in Leipzig eine Kreisvorständekonferenz des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften oder, wie der Verband nach erfolgter Umfassung heißt, des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Veranlassung zu dieser Tagung gab der ungeahnte Aufschwung, den der Bildungsverband seit den Tagen der Revolution genommen hat. Er drängte mit Notwendigkeit zur Schaffung von Richtlinien und grundlegenden Einrichtungen, die der weiteren Entwicklung dienen sollten. Für viele Kollegen, die in dem Verbande den Sachwalter ihrer geistigen Fortbildungsbemühungen erblickten, dürften die auf dieser Tagung geführten Verhandlungen von großem Interesse sein.

Der Tagung voraus ging ein von der Typographischen Vereinigung Leipzig veranstalteter Begrüßungabend, auf dem Herr Fachschuldirektor Friedemann (Leipzig)

einen inhaltreichen Vortrag über „Fachschul- und Lehrlingswesen“ hielt. In sehr klaren Ausführungen legte der Redner die Schäden der heutigen Lehrlingsausbildung dar und zeigte Mittel und Wege, wie dem Abel in Zukunft zu steuern sei. Die Kosten einer schlechten Lehrlingsausbildung habe nicht allein der mit ungenügendem Rüstzeug verlebene spätere Gehilfe zu tragen, sondern das ganze Gewerbe. Vor allem werde aber auch die Allgemeinheit durch Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der im Weiteinstampf Unterlegenen in Mitleidenhaft gezogen. Zur Besserung sei neben einer guten Werkstoffausbildung ein durchgreifender Fachschulunterricht, der dem Lehrling die notwendige Fach- und Selbstbildung lehre, zu fordern. Die Regelung dieser Angelegenheit sei ein Gebot der Zeit. Reicher Beifall lohnte dem Vortragenden. Der übrige Teil des Abends war dem Großhain gewidmet; er nahm einen guten Verlauf.

Am dem am nächsten Vormittag um 9<sup>Uhr</sup> eröffneten Tagung nahmen teil: Die Mitglieder des Hauptvorstandes von B. d. D. T. G., die Vorsitzenden sämtlicher Kreise und einige Vertreter naher Vereinigungen und Gesellschaften. Außerdem hielten Vertreter entfaltend: Der Verbandsvorstand in Berlin (Kollegen Selb), die Redaktion des „Korr.“, der Leipziger Gauvorstand und sämtliche Zentralkommissionen der Sparten.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen gedachte der Vorsitzende des Bildungsverbandes, Kollege Drehler, mit flempfunden Worten der vielen Opfer, die das große Weltengeschehen auch aus unsern Reihen gefordert habe. Danach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Den Vorstandsbericht gab Kollege Drehler. Von der Gründung des Verbandes ausgehend, gedachte er seiner mannigfachen Wandlungen und der dann folgenden Entwicklung bis zum Ausbruch des Krieges. Dem durch die Ereignisbedingungen unvermeidlichen Rückgang widmete er längere Betrachtungen und stellte mit Genugtuung den beispiellosen Aufstieg des letzten Jahres fest. Die vom Verband geleistete Arbeit halte mit diesem Aufstiege gleichen Schritt. Mit Befriedigung könne gesagt werden, daß diese Arbeit sich nicht nur der Werkschätzung vieler Kollegenkreise erfreue, sondern daß er auch Anerkennung bei den maßgebenden Stellen der gewerkschaftlichen Organisation, als dessen Teil wir uns fühlen, gefunden habe. So könne er die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Verbandsvorstand in Berlin dem Bildungsverband ein Darlehen von 50000 Mk. gegeben habe. Dies zeuge von einem Vertrauen zu unsrer Sache, das nur durch ehrliches Wollen gerechtfertigt werden könne. Dem Bericht über die Entwicklung der „Typographischen Mitteilungen“ sei zu entnehmen, daß die Zahl der Bezieher Ende 1914 23000, Januar 1919 10000, November 1919 23000 betrug. Trotz der großen Steigerung der Herstellungskosten sei auch für die Zukunft eine günstige Weiterentwicklung zu erhoffen. Es werde eine wesentliche Aufgabe der gegenwärtigen Tagung sein, für den weiteren Ausbau der „T. M.“ zu sorgen. Von der Verlagsabteilung könne ein gleich günstiges Bild gezeichnet werden. Die Verlagsartikel fanden bei der Kollegenchaft großen Umsatz. Im allgemeinen wie im besondern könnten wir mit dem erreichten Erfolge zufrieden sein. Wir wollten jedoch nicht rasten, sondern vorwärts streben. Jeder einzelne möge zum Ausbau, zum neuen Formen und Gestalten beitragen.

Nach kurzer Aussprache wurde der Vorstandsbericht genehmigt.

Es folgte die Beratung der Abänderungsanträge zum Statut. Die zu den Satzungsänderungen eingegangenen sowie die vom Hauptvorstande gestellten Anträge lagen gedruckt vor. Von allgemeinem Interesse dürften folgende Beschlüsse sein: Zu § 1 wurde nach Kommissionsberatung aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Antrage des Hauptvorstandes auf Namensänderung zugestimmt. Der Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften wird also künftig den Namen „Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker“ führen. Zu § 2, der die Zwecke und Ziele des Verbandes nennt, wurden einige Zusätze angenommen, die die Herausgabe und Vermittlung von Unterrichtsmaterial, insbesondere die Herausgabe der „T. M.“, betreffen. § 3 wurde nach längerer Aussprache in alter Fassung belassen, jedoch wurde ihm ein neuer Abfah angefügt: „Der Austritt aus dem Verbande der Deutschen Buchdrucker bedingt fernerhin den Austritt aus dem Bildungsverband.“ § 4 wurde nach den Vorschlägen des Hauptvorstandes geändert. In ihm wird zur Leitung des Verbandes ein elfgliedriger Vorstand bestimmt. Ferner finden sich in ihm nähere Angaben über die Wahl des Vorstandes und die Dauer der

Anstellung der zur Verwaltung bestimmten Personen. Zu § 5, der die Kreiseinteilung betrifft, lag ein Antrag auf völlige Neueinteilung der Kreise vor. Diefem Antrage wurde stattgegeben. Es wurden sieben neue Kreise, und zwar Bielefeld; Erfurt, Essen, Görtlich, Karlsruhe, Magdeburg, Nürnberg, gebildet, die ihre Tätigkeit bereits am 1. Januar 1920 beginnen sollen. Die Zuteilung einiger streitiger Orte wurde den Vereinbarungen der betreffenden Kreisvorstände überlassen. Den Anträgen zu den §§ 6 bis 8 wurde zugestimmt. Zum § 9 lagen mehrere Abänderungsanträge vor, die eine Neuordnung der Beitragsanhebung bezweckten. Beschlüsse wurden nach längerer Aussprache, daß bis zu 200 Mitgliedern 75 Pf. für je ein Mitglied und Jahr und für jedes weitere Mitglied 50 Pf. zu entrichten sind. Als Stichtag gilt der 1. April jedes Jahres. Die Einziehung kann in zwei Raten geschehen. § 10 bestimmt die Abführung der eingegangenen Verbandsbeiträge. Diese können bis zur Hälfte von den Kreisen zur Bestreitung eigener Inkosten verwendet werden. § 11 blieb unverändert. § 12 wurde in der Fassung des vom Hauptvorstande vorgeschlagenen Abänderungsantrages Berlin angenommen. Künftig entfallen zur Bestreitung des Vertreterlages auf je 1000 Mitglieder eines Kreises ein Vertreter, überschüssige 500 zählen für 1000. Ein gleichfalls angenommener Zusatzantrag Witten (Berlin) besagt, daß jede Vereinigung oder Gesellschaft nur einen Vertreter entsenden darf. Der Kreisvorstande muß vertreten sein. Die §§ 13 und 14 blieben ebenfalls unverändert. Der Ausschluß aus dem Bildungsverband darf nach neuer Bestimmung im § 15 nur mit Zustimmung von zwei Dritteln der Kreiseleistungen geschehen. Damit hatte sich die Beratung der Satzungsänderungen erledigt.

„Typographische Mitteilungen“ und Verlag. Die Einleitung zu diesem Punkte gab ebenfalls Kollege Drehler. Ausgehend von der bereits im Vorstandsbericht erwähnten Entwicklung der „T. M.“, streifte er kurz die Gründung und die Schwierigkeiten, die sich namentlich in der Kriegszeit einem weiteren Ausbau der angesehenen Fachzeitschrift hindernd in den Weg stellten. Trotz dieser Schwierigkeiten haben die „T. M.“ den Vergleich mit der übrigen Fachpresse keineswegs zu scheuen, in vielen Fällen haben sie die Konkurrenz weit überholt. Für die künftige Gestaltung der Verbandszeitschrift sei es wünschenswert, daß sich sämtliche Sparten an der Mitarbeit beteiligen. Es würde dann ein Bildungsorgan geschaffen, das jedem einzelnen Berufsangehörigen etwas zu sagen habe und richtunggebend für die gesamte deutsche Gehilfenchaft werden könne. Namentlich sei auch die Mitarbeit der Fachlehrer sehr von Wert. Von der Schriftleitung werde alles getan werden, was dem Ausbau förderlich sei. In der langen Aussprache, die erst am zweiten Tage zu Ende geführt werden konnte, wurden besonders von den einzelnen Spartenvertretern die Hindernisse einer Verschmelzung berührt. Diese sollen vom Vorstand eingehend geprüft werden. Von anderer Seite wurden verschiedene Anregungen und Wünsche über die zukünftige Ausgestaltung unsres Organs gegeben. Mängel, wie sie bei einem solchen Unternehmen nicht ausbleiben, wurden scharf gerügt. Im allgemeinen war man aber mit der Leitung der „T. M.“ einverstanden.

Es folgten nunmehr die Beratungen der zwei wichtigsten Tagesordnungspunkte: „Umgestaltung des Verlags zu einer G. m. b. H.“ und „Anstellung des Vorsitzenden und je eines Verwalters“. Beide Punkte wurden vom Kollegen Kallupp (Leipzig) begründet. Die Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der Zeit herausgestellt haben, drängen zu einer Regelung nach der angebotenen Richtung. Der Verlag, der eine Reihe guter Verlagswerke bereits in Vertrieb hat, müßte auf eine sichere Grundlage gestellt werden, damit er auch den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden könne. Die Geschäfte des Verlags und der Vertrieb der „T. M.“ erfordern eine große Arbeitsleistung, zu deren Bewältigung außer zwei Hilfskräften bereits zwei Kollegen tätig sind. Zur Erledigung der Vorstandsgeschäfte wie für die Beforgung der Schriftleitung sei der Vorsitzende ebenfalls seit einiger Zeit dauernd beschäftigt. Diesen Kollegen ein festes Arbeitsverhältnis zu schaffen, entspreche einer unbedingten Notwendigkeit. Er empfehle einen von ihm ausgearbeiteten Vertragsentwurf sowie die Anstellung des Vorsitzenden und je eines Verwalters des Verlags und der „T. M.“. In der Aussprache wurde die Berechtigung der Anträge allgemein anerkannt. Nur über die Form entstand eine gewisse Meinungsverschiedenheit, die jedoch bald geklärt wurde. Besonders war es die Gründung einer eignen Druckerei, die die einzelnen Redner beschäftigte, ohne das

ledoch diese Frage gelöst werden konnte. Eingehend nahm auch Kollege Seib von Verbandsvorstände zu den verschiedenen Fragen Stellung. Beschlossen wurde schließlich die Gründung einer G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 2000 Mk. Träger dieser Gesellschaft sind sechs Kollegen; zwei davon bestimmt der Verbandsvorstand. Der Anstellung des Vorstehers und der zwei Verwalter wurde ebenfalls zugestimmt.

Der nächste Punkt: „Rundsendungs- und Vortragswesen“, brachte einen regen Meinungsaustausch über die Beschaffung und Sanobhaltung des Rundsendungswekens. Dieses bietet das beste Material zur praktischen Fortbildung. Der Ausbau und das sichere Funktionieren dieses Zweiges ist daher von größtem Werte für uns. Den einzelnen Kreisen wurde durch Annahme eines Antrags zur Pflicht gemacht, „alljährlich so viel Rundsendungen zusammenzustellen, als sie Vereinte göhnen“. Dadurch ist Aussicht vorhanden, den vielfachen Nachfragen nach Rundsendungen Rechnung zu tragen.

Über Fachschule und Lehrplangwesen berichtete Kollege Fülle (Berlin). Das Wesentlichste dazu habe bereits Herr Direktor Friedemann in dem eingangs dieses Berichts erwähnten Vortrage vorweggenommen. Die dort gemachten Ausführungen deckten sich zum Teil mit unserm Entwurfe, wie er in Seite 10 der „Z. M.“ veröffentlicht ist, und den wir dem Tarifamt als Grundlagendruck zu einer besonderen Beratung eingereicht haben. Diese Beratung, an der von unserer Seite die Kollegen Dreher, Mustial und Fülle teilnehmen werden, sollen Ende dieses Jahres vor dem Tarifamt stattfinden. Der Entwurf sollte einen Verbesserungsvorschlag des Sauerblichischen (Prinzipsals) Entwurfs dar. Bezeichnenderweise sei beim Tarifamt als erster Einpruch ein Schreiben der Typographischen Gesellschaft (Leipzig), einer ausgesprochenen verbandseindlichen Vereinigung, eingegangen, die den Gehilfenvorschlag als zu weitgehend bezeichnet. Dies könne uns aber nicht hindern, auf dem von uns für richtig erkannten Wege weiterzugehen. Voraussetzung für eine Beteiligung an den Beratungen sei die Anerkennung unserer Gleichberechtigung bei den Verhandlungen. So wie bisher könne es auf keinen Fall weitergehen. Eine grundsätzliche Regelung müsse auch das Fachschulwesen erfassen. Hier seien wieder die Friedemannschen Ausführungen sehr beachtenswert. Der Schaffung einer Lehrplangzeitung müsse nähergetreten werden. An ihr müssen Lehrer und Gehilfen mitarbeiten. Die Gründung von Lehrplangabteilungen sei zu prüfen. Kollege Dreher unterrichtete die Ausführungen Fülle und stellte das Erscheinen der Lehrplangzeitung für Anfang Januar nächsten Jahres in Aussicht. In der weiteren Aussprache wurden die in den „Z. M.“ aufgestellten Richtlinien als richtig anerkannt. Das Erscheinen einer Lehrplangzeitung wurde allgemein begrüßt. Besonders wird von dem Vertreter der Stereotypen und Galvanoplastiker die Aufnahme von Bestimmungen in den Lehrplangentwurf gefordert, die den Forderungen dieses Berufszweiges entsprechen.

Unter „Verschiedenem“ wünschte Kollege Sturm (Leipzig) die Unterfertigung der Kreise bei der Beschaffung von Material zu einem Festhau über Satz- und Titelregeln. Kollege Müller (Hamburg) wünschte die Drucklegung des Friedemannschen Vortrags.

Damit hatte sich die Tagesordnung erschöpft. Kollege Dreher gab einen kurzen Rückblick über die Verhandlungen und drückte seine Freude über die Einmütigkeit, mit der die Beschlüsse gefasst wurden, aus. Möge der verständige Geist auch fernerhin unter den Mitgliedern des Bildungsverbandes walten, dann, so hoffe er, werden auch die hier gepflogenen Verhandlungen aufklärend und anregend wirken zum Segen unserer Bestrebungen und zum Wohle der Gesamtgesellschaft. Mit einem Hoch auf den Bildungsverband schloß Redner dann die Tagung.

E. R.

## Zur Notlage der Wiener

Nach allen vorbandenen Nachrichten scheint die Not der Wiener Bevölkerung geradezu zum Himmel zu schreien. Können wir deutschen Barbaren der Bestimmung unserer feindseligen Brüder nicht mit einem Akte reiner Menschlichkeit eine behelfende Niederlage bereiten, indem trotz unserer fast erdrückenden Notlage doch ein oder der andere Kollege es unternimmt, allerdings bei eigener Einschränkung, ein Aind der Wiener Kollegen vor dem Untergange zu bewahren? Vielleicht findet dieser Vorschlag auch bei den andern Gewerkschaften Anklang zur allgemeinen Erhaltung des internationalen Gewerkschaftsgebändens.

Doch da schnelle Hilfe nottut, sind nicht erst beschließende Veranlassungen am Platze, sondern die Bauvorstände brauchen nur, jeder für sich, Aissen im Bau herumgehen zu lassen, worauf sich die betreffenden Kollegen, welche gesonnen sind, ein Aind durch das Geldbrotlein nach mit durchzuschleppen, einzeln, um dann direkt mit dem Wiener Vorkind in Verbindung zu treten wegen Aberweisung von Aindern.

Allerdings wäre es bel uns auch notwendig, daß die Regierung eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel herbeiführt, indem sie dem Schieberium ganz gewaltig auf den Hals rückt, und wenn es nicht anders geht, wage sie dasselbe für vogelfrei erklären, wofür sich steht das!

Wie denken die Kollegen über diese Anregung?

Mit Freid sei der Mensch,  
Edel und gut!

Dresden.

Sullus Dubschmann.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Einen abermaligen hochherzigen Beweis ihres Solidarisitätsgefühls mit der nalleibenden deutschen Kollegenchaft erbrachten neuerdings die Mitglieder der Deutsch-Amerikanischen Typographia (Zweig der englischen International Typographical Union), indem sie durch ihre Bundesbestellung in Indianapolis der Redaktion der „Korr.“ eine Anweisung auf 10000 Mk., zahlbar bei der Dresdener Bank in Leipzig, zur Verwendung auf wohltätigen Zwecken überließen. Folgendes Schreiben lag der Sendung bei:

Werter Herr Kollege! Die organisierten Buchdrucker deutscher Zunge in den Vereinigten Staaten fühlen sich gedrungen, ihren Kollegen in Deutschland das, deren Familien, die ja durch die Schrecknisse des jüngsten Weltkriegs schwer betroffen worden, einen kleinen Beweis ihres Solidarisitätsgefühls zu geben, indem sie Ihnen anbei eine Anweisung über 10000 Mk. übersenden, mit der Bitte, den Betrag nach bestem Ermessen als eine Weihnachtsgabe für die derselben am meisten bedürftigen Familien deutscher Kollegen zu verwenden. Da ja der Briefverkehr zwischen Deutschland und hier gestoppt war, sind wir nicht sicher, an welche Adresse wir das Geld senden sollen, und haben daher die Ihre gewählt, die wir im „Korr.“ finden. Der Betrag ist ja nur klein — bei der großen Not —, doch ist dabei in Betracht zu ziehen, daß auch unsere Organisation durch diesen Krieg und das dadurch verursachte Eingehen vieler deutscher Zeitungen in Amerika zusammengeschnitten ist, so daß wir heute nur noch wenig über 700 Mitglieder zählen. Eintrüben herrschen Grub und die besten Wünsche für die Zukunft von Ihrem

Hugo Miller

Bundessekretär der D.-A. Typographia.

Bereits im Oktober 1914 gaben die deutsch-amerikanischen Kollegen ihrem Solidarisitätsbewußtsein und ihrer Stammesverwandtschaft praktischen Ausdruck durch Überweisung von 1000 Dollar zu gleichen Teilen an die Bruderverbände von Deutschland und Österreich. Diese Summe sollte verwundeten Kollegen und den Witwen und Waisen Gefaltener zugute kommen. Sie wurde von den beiderseitigen Verbandsvorständen bestimmungsgemäß verwandt. Auch die jetzt an uns gelangte Spende ist als ein schöner Beweis des ausgeprägten Zusammengehörigkeitsgefühls der Buchdrucker der neuen und der alten Welt zu bewerten. Wir haben die Summe alsbald dem Verbandsvorstand übergeben, der sie im Sinne der Spender verwenden wird. Unsere deutsch-amerikanischen Berufsgenossen aber danken wir schon heute aufrichtig und herzlich im Namen derer, für die die kollegiale Weihnachtsgabe bestimmt ist.

Schwed. Die Sektion La Chaux-de-Fonds hat sich, wie bereits gemeldet wurde, dem Schiedspruch des Einigungsamts gefügt, wenn auch nicht gerade mit freudigen Gefühlen. Zu ihrer Rechtfertigung hat die Sektion in der „Feld. Typ.“ einen längeren Artikel mit dem gesamten Briefwechsel an Einigungsamt usw. veröffentlicht. Dazu ist zu sagen, daß die Gehilfen von La Chaux-de-Fonds ohne Zweifel insofern im Rechte sind, daß die sogenannten Stützleistungen (Lohnaufschläge) revisionsbedürftig sind. Es war eben bei den Aindorfer Verhandlungen nicht möglich, diese ganze Frage neu zu regeln, zudem zuverlässige wirtschaftsstatistische Angaben fehlten. Aber all das gab noch kein Recht, sich über Abmachungen und Vertrag hinwegzusetzen, und den Streit zu beschließen. Es wird nun wohl eine der nächsten Aufgaben des Berufsausschusses bilden, eine Revision der Stützleistungen vorzunehmen.

Am 29. und 30. November fand in Freiburg eine Delegiertenversammlung des Typographenbundes statt, um den Statuentwurf, den eine Revisionskommission ausgearbeitet hatte, endgültig zu beraten. Nachher wird der Entwurf einer Urabstimmung unterbreitet. — Die Arbeitslosigkeit für Machinisten hat nachgelassen, dagegen ist die Situation für Handinnenmeister immer noch schlecht. Solange das Gewerbe und die Industrie im allgemeinen noch dankeverleihen, blüht auch das Druckgewerbe nicht auf. Wie lange wird das noch dauern?

Holland. Aber den Stand der Tarifverhandlungen wurde offiziell mitgeteilt, daß die nachstehenden wichtigsten Bestimmungen in die Vereinbarung aufgenommen werden sollen. Die Arbeitsdauer ist festgesetzt auf acht Stunden täglich, wöchentlich 45 Stunden. Bis Anfang Juli 1920 wird aber noch 8 1/2 Stunden gearbeitet und wöchentlich 48 Stunden. Für Tagesleistungen, die eine Morgenausgabe haben, ist die Nachtarbeit auf sieben Stunden festgelegt. Für die Nacht von Sonnabend auf Sonntag fünf Stunden, insgesamt also 40 Stunden. Das „Maandagochtendblad“ (Montagsmorgenblatt) wird wöchentlich verboten werden. In der neuen Tarifvereinbarung ist der freie Sonnabendnachmittag enthalten. Für eine Tagesleistung darf am Sonnabend höchstens bis 5 Uhr gearbeitet werden. Für die Stunden von 1 bis 4 Uhr am Sonnabend muß aber 50 Proz. Zuschlag gezahlt werden. Für die Stunde von 4 bis 5 Uhr 100 Proz. Die Maximallänge der Arbeitsstunden ist auf 52 pro Vierteljahr festgelegt, pro Woche auf 10. Ein 24-jähriger Gehilfe bekommt den vollen Lohn; also ein Jahr früher als im jetzigen Tarif bestimmt ist. Das Land ist aufgeteilt in sieben Klassen; die Abtakte schwanken zwischen 85 und 68 Cent pro Stunde. Der Lohn für Maschinenleiter beträgt 10 Cent mehr als das festgesetzte Minimum pro Stunde in der höchsten, absteigend bis 8 Cent in der

niedrigsten Klasse. Die Anzahl der Ferientage bleibt auf sechs bestehen. In Erwartung einer allgemeinen Regelung ist angenommen worden, daß die Gehilfen ein Anrecht haben auf 13 Wochen Krankenunterstützung in Höhe von 50 Proz. des Wochenlohns. Nichtversicherte Arbeitnehmer haben nur Anrecht auf vier Wochen Unterstützung nach gleichem Maßstabe. Die Tarifdauer ist auf drei Jahre bemessen. Nach je sechs Monaten soll eine Kommission sich darüber aussprechen, ob eine den Lebensverhältnissen entsprechende Lohnreduktion notwendig ist. Bei günstiger werdender Konjunktur in der Lebenshaltung ist ein Abbau der Feuerungsauflage vorgesehen. Schließlich wurde noch das Prinzip aufgegeben, den Gehilfenorganisationen ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Preisstufen einzuräumen.

Norwegen. Am 11. November konnte der Kristianiaer Maschinenarbeiter sein 20jähriges Jubiläum feiern. Der Verein, der jetzt 150 Mitglieder zählt, hat es verstanden, die Arbeitsverhältnisse für die Kollegen an der Maschine günstig zu gestalten. Zu den Gründern des Vereins gehört u. a. der ehemalige Leipziger Kollege Hans Eger (jetzt in Norrud bei Kristiania), der auch im ersten Jahre den Posten des Vorstehers bekleidete.

Dem Antrag auf Bewilligung einer außerordentlichen Zulage sind die Kristianiaer Prinzipale nur insoweit entgegengekommen, als die Löhne für die niedrigsten Entlohnungen auf ein gewisses Minimum gebracht wurden. In andern norwegischen Städten sind Zulagen bis zu 10 Kr. wöchentlich bewilligt worden, u. a. in Stavanger.

Frankreich. Der Streik im gesamten Pariser Zeitungsgewerbe um Gewährung einer Feuerungszulage von 5 Fr. pro Tag soll, wie die bürgerliche Tagespresse zu melden weiß, mit einer Niederlage der Pariser Kollegen geendet haben. Die Arbeit soll unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen worden sein; es sei von den Streikenden lediglich zur Bedingung gemacht, daß die Führer der Bewegung nicht gemahregelt werden dürfen. Wir geben diese Meldung nur unter Reserve wieder und hoffen nach dem französischen Verbandsorgan bald Genaueres über den Verlauf der Pariser Bewegung mitteilen zu können.

Spanien. Auf immer noch bei ihm einlaufende Anfragen von Kollegen und um Geld und Zeitverlust zu ersparen, stellt uns unser spanischer Korrespondent mit, doch auf Beschluß der spanischen Regierung die Einwanderung vorberhand nicht erlaubt ist. Nur im Falle des Dringlichkeitsbeweises oder falls der Geschäftler bereits früher einen ländergen Aufenthalt in Spanien hatte, wird die Einwanderungserlaubnis erteilt. Die Aufhebung des Beschlusses wird an dieser Stelle mitgeteilt werden.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Kr. Königsberg i. Pr. Zu der am 12. Oktober in Königsberg abgehaltenen Ortsvorsteherkonferenz des Gaus Ostpreußen waren aus den Orten Ainselken, Braunsberg, Gumbinnen, Goldap, Insterburg, Königsberg, Osterode, Oysh, Rastenburg, Eißit und Wehlau Vertreter erschienen, um in der Hauptsache über die Verhältnisse unres Gaus tariflicher und wirtschaftlicher Natur eine Aussprache zu pflegen. Bauvorsteher Reiser gab nach kurzer Begrüßung der Erschienenen zunächst einen Überblick über die organisatorischen Verhältnisse des Gaus, die trotz der starken wirtschaftlichen Erschütterungen, die von einem großen Teil unserer Provinz unter besonderen Schwierigkeiten zu überwinden waren, heute wider Erwarten ein erfreuliches Bild bieten. Die Ausdehnung der gewerblichen Unternehmungen, die in Verbindung mit den durch die politischen Strömungen hervorgerufenen verschiedenen neuen Zeitungsgründungen haben den Kreis der Verbandsmitglieder bedeutend erweitert und die immer weitere Ausbreitung des Tarifgemeinschaftsgebändens gefördert. Die Zahl der Ortsvereine ist im letzten Jahre von 7 auf 13 gestiegen. Bezüglich der Seherinnenfrage war es dem Vorstände möglich, mit Unterstützung der tariftätlichen Instanzen, mit den ungelunden Verhältnissen bedeutend auszuräumen und die Zahl der Seherinnen, die noch zu untariftlichen Bedingungen arbeiten, auf einen geringen Prozentsatz herabzumindern. Die Feuerungszulagen löten eine ausgiebige Debatte aus, wobei einmütig zum Ausdruck gebracht wurde, daß mit allen Mitteln darauf hinzuwirken wäre, daß die berechtigten Mehrforderungen der Gehilfen eine den steigenden Feuerungsverhältnissen entsprechende Berücksichtigung finden. Eine eingehende Aussprache zeitigte auch die Lokalzuschläge, die den total veränderlichen Verhältnissen in unserer Provinz als Wiedererlaubegebiet mehr angepaßt werden müßten. Zur besonderen Begründung der Verhältnisse wurde zu dem vom Kreisamt zu erwartenden Neuregelung der Lokalzuschläge eine Vertretung der Gehilfen in Vorlage gebracht und hierzu Kollege Reiser (Königsberg) und Kollege Rulchke (Eißit) mit der Wahrnehmung unserer Interessen beauftragt. Ebenso bestand darüber Einverständnis, daß zu der vom Zentralvorstand angeratenen Sachkommission zum Tarifauschluß auch ein Vertreter aus dem besonders gelagerten Ostgebiete hinzugezogen werden möchte, was in einem entsprechenden Antrage den in Betracht kommenden Instanzen unterbreitet werden soll. Sodann kam Kollege Reiser auf die von der Entente geforderten territorialen Veränderungen in unserm Gau, den bereits feststehenden Verlust Memels, die Abtommungsgebiete und über die zu gegebener Zeit erforderlichen Maßnahmen zu sprechen, dabei der Hofnung Ausdruck gebend daß es gelindep

möchte, die in Frage stehenden Gebiete unserer Sache und dem Deutschtum zu erhalten. In Verbindung mit diesen zeitlichen Fragen stand auch die Abhaltung eines Gausags, mit welchem gleichzeitig die Feler des 50jährigen Bestehens des Gauses, die bereits im November vorigen Jahres vorbereitet war und durch die plötzliche Demobilisierung verschoben wurde, verbunden werden soll. Als Termin hierzu ist das kommende Osterfest in Aussicht genommen. Bezüglich der Beihilfenfrage war man der Ansicht, daß dieser seitens der Organisation mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, denn es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage, in der eine tarifliche Regelung angestrebt werden muß. Vom Kollegen Reiser wurde hierzu bemerkt, daß vom Zentralvorstande schon diesbezügliche Vorschläge in die Wege geleitet seien. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und in seinem Schlußwort betonte unser Gauvorsitzer, daß das von den Kollegen bekundete lebhafteste Interesse an den Verhandlungen und das gute Einverständnis in allen wichtigen Fragen die notwendige Vorbedingung zu allen gewerkschaftlichen Erfolgen sei. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Ortsvorsitzerkonferenz um 4 Uhr nachmittags geschlossen.

**Mürnberg.** Zu Beginn der Versammlung am 31. Oktober, die auch von den Pfälzer Kollegen aufgesucht war, wählte der Vorsitzende dem als Invaliden anerkannten Kollegen Fr. Lisch warme Worte des Dankes für seine langjährige treue Mitarbeit in der Organisation, ihm einen langen, ruhigen Lebensabend wünschend. Als von der Demobilisierungsfälle für Arbeitslosen erlassenen Vorschriften, daß infolge der Abkennung der Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche (Samstag darf überhaupt nicht gearbeitet werden) verfehl wird, wozu noch andre Einschränkungen kommen, ist für das Druckgewerbe auf Vorkostigwerden der beteiligten Organisationsvertreter nicht blind. Hierauf gab der Vorsitzende Reichardt den Bericht von der Kreisversammlung in München. Mit Befriedigung nahm die Versammlung Kenntnis von der Bewilligung eines Vorkostzuschlags von 20 Proz. für Nürnberg; bedeutet es doch wieder eine, wenn auch geringe Erhöhung des Lohnes. Aus dem Berichte des Schiedsgerichtsvorsitzenden, Kollegen Sint, ist festzuhalten, daß im vergangenen Jahr in fünf Schiedsgerichtssitzungen 15 Streitfälle erledigt wurden; von diesen wurden 9 Fälle zugunsten der Gehilfen, einer zugunsten; zwei durch Vergleich entschieden; drei wurden abgelehnt. Nach Erledigung einiger interner Sachen lies eine Resolution zur Tarifauschubung ein, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Darin wird ausgeführt, daß die am 1. Oktober eingeführte neue Feuerungszulage durch die schon im September erfolgten gewaltigen Preissteigerungen aller Lebens- und Bedarfsartikel vollständig überholt wurde. Seitdem sei aber abermals eine ungeheuerliche Erhöhung aller dieser Artikel eingetreten, die man ruhig als Wucher bezeichnen könne. Der Verbandsvorstand wird deshalb aufgefordert, die nötigen Schritte zu unternehmen, um einen angemessenen Ausgleich zu dem jetzigen Lebensverhältnissen herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Gebahren der hiesigen Prinzipale anlässlich der Einführung der letzten Feuerungszulage scharf kritisiert. Der Leiter der größten Druckerei am Platze erklärte sich auf Vorkostigwerden des Personalrats bereit, die Feuerungszulage für die ganze Woche zu bezahlen; er bezifferte so dieses lokale Verhältnis. Er müsse aber erst mit den andern Druckereien Rücksprache nehmen. Am andern Tag erklärt er, daß ein Beschluß des Nürnberger Prinzipalvereins vorliege, daß die Feuerungszulage unter keinen Umständen für die ganze Woche gezahlt werden dürfe. Er könne über diesen Beschluß nicht hinaus. Die Nürnberger Gehilfenschaft ist der Ansicht, daß ein solcher Beschluß tarifwidrig ist. Sedenfalls haben die Nürnberger Prinzipale mit diesem Beschlusse sehr wenig lokales Verhältnis gezeigt.

**Mürnberg.** Gegen die Betriebsräte in den Zeitungen läuft der größte Teil der bürgerlichen Zeitungen durch den Abdruck eines Machenschafts Sturm. Der hiesige „Frankische Kurier“ konnte es sich nicht verlagern, bei dieser Gelegenheit gegen die Betriebsräte schwere Beschuldigungen zu erheben, und zwar in der verletzlichsten Form. Es wurde behauptet, die Betriebsräte bildeten eine Verbindung der Pressefreiheit, indem sie die Aufnahme von Artikeln verhindern könnten, die ihrer politischen Überzeugung widersprechen; es könne das Redaktionsgebäude nicht gewahrt werden, wenn die Betriebsräte Einblick in alle Geschäftsbücher erhielten; Verlag und Redaktion müßten jedesmal mit der Erfüllung des Betriebs rechnen, wenn ein politischer Konflikt drohe; große Ausbreitungsbestrebungen eines Staates würden, besonders wenn sie sich gegen die sozialistische Partei richten, unmisslich oder aus höchster Gefahr sein usw. Gegen diese Kampfesweise des „Kurier“ wandte sich eine am 26. November im „Hilfsrätchen der Buchdruckerzeitung“ abgehaltene Versammlung der Betriebsräte der Buchdruckerzeitung. Von den einzelnen Rednern wurde das Verhalten der Zeitungsverleger, für letztere eine Ausnahmebestellung bezüglich der Entlohnung von Betriebsräten zu schaffen, scharf kritisiert. U. a. wurde hervorgehoben, daß beim Streik der Angehörigen im Zeitungsgebiete der Kommerzialrat Kiosch vom „Frankischen Kurier“ erklärte, den Zeitungsverlegern liege nichts am Gewerbe. Ihnen sei es gleich, ob 700 Buchdrucker auf das Pfälzer liegen, ebenso wenn das ganze Nürnberger Zeitungsgebiet zum Teufel gäbe. Wäre der Feld ins Land gekommen, so wäre sowieso das Gewerbe kaputt gegangen. Kiosch habe sogar erklärt, der „Frankische Kurier“ rühre weitere 100000 Mk., um im Kampfe gegen die Arbeiter die Oberhand zu behalten. Jetzt jedoch schreie man heuchlerisch bei der geringsten Bewegung der Buchdrucker, das Gewerbe sei in Gefahr, an dem angeblich doch den Unternehmern nichts liege. In einer einstimmig angenommenen Reso-

lution legten die Betriebsräte Verwahrung ein gegen die im „Frankischen Kurier“ erhobenen Verdächtigungen und Beschuldigungen. Darin erklärten sich die Betriebsräte der hiesigen Buchdruckerzeitung mit ihren Kollegen in den Zeitungsbetrieben solidarisch; nach Artikel 165 der neuen Reichsverfassung dürfe auch für die Zeitungsverleger keine Ausnahmebestimmung gemacht werden. Die Verammelten verlangten die vollste Unterstützung ihrer Forderung nach Gleichberechtigung mit der übrigen Arbeitnehmerschaft und ersuchten um strikte Ablehnung der Forderung des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Aus den fortwährenden Sisserufen der Arbeitgebersprelle sei für die Betriebsräte erkennbar, daß sie den richtigen Weg beschritten haben, um die Gleichberechtigung in der Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte zu erreichen.

**Mürnberg.** Aber das Ergebnis der letzten Kreisversammlung berichtete Kollege Gg. Engel (Gehilfenvorsitzender des Tarifschiedsgerichts Nürnberg) am 29. Oktober in einer sehr gut besuchten Versammlung der tarifstreuen Buchdruckerzeitung, in welcher auch Nichtverbandsmitglieder anwesend waren. Die Berichtserstattung zeigte bedauerlicherweise, daß die Prinzipale wiederum mit gebundenen Händen erschienen, wodurch die Verhandlungen sehr erschwert wurden. Von der Hartnäckigkeit des Kampfes zeugen die notwendig gewordenen drei Sonderverhandlungen der Prinzipale und zwei solche der Gehilfen. Da das Kreisamt nur Vorschlagsrecht hat, trat die Verammlung dem im Vorkostigwerden der Kreisamtsbildung festgelegten Protest zum Tarifamt einstimmig bei, indem sie die Erhöhung des Vorkostzuschlags um 2 1/2 Proz. (auf 15 Proz.) als zu gering erachtete. Gleichzeitig sprach die Versammlung ebenfalls einstimmig die bestimmte Erwartung aus, daß die Gehilfenvertreter an dem Endtermin der letzten Feuerungszulage keinesfalls festhalten werden und geeignete Schritte unternehmen zu einer baldigen Erhöhung der Feuerungszulage den fortwährenden Preissteigerungen entsprechend. Die Wahl von drei Kollegen in die Ausschichtskommission des Arbeitsnachwelses wurde vorgenommen. Die Versammlung war geschlossen der Ansicht, daß die Kommission neben der Ausschicht besonders zur Unterstützung des Arbeitsnachwelsesverwalters dienen soll, um endlich auch die Vorschriften des Arbeitsnachwelses speziell bei den Provinzialprinzipalen voll und ganz zur Einführung zu bringen. — In der sich anschließenden Mitgliederversammlung konnte Kollege Schumacher die aus englischer und amerikanischer Gelangenschaft zurückgekehrten Kollegen herzlich begrüßen; nur wenige schmähten noch in französischer Gelangenschaft, hoffentlich kehren auch sie bald heim. Das Gedächtnis eines verstorbenen inaktiven Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt und eine Wiederaufnahme vollzogen. Die Abrechnung über das dritte Quartal erfolgte wiederum debattelos. Dem Bezirksmaschinenwerkklub Nürnberg wurde auf Antrag ein Zuschuß gewährt zu einem Fortbildungskurs, den er neben einem reichhaltigen Winterprogramm bereits begonnen hat. Hierbei wurde wieder einmal auf die Bildungsbestrebungen der Sparten und die aufopfernde Tätigkeit des Kollegenvereins hingewiesen und die Kollegen, besonders aber die jüngere Generation, zu regerer Beteiligung aufgefordert. Eine Stellungnahme zu der von dem Ausschub der Mitgliedschaft Nürnberg angeregten Aufstellung des Gaus Bayern wurde für die nächste Versammlung in Aussicht genommen, da ohnehin mit einer vom Stadtrat genehmigten Überstunde gearbeitet werden mußte.

### o o o o Rundschau o o o o

**Mitteilungen der Redaktion.** Besprechung von Gauvorsitzerkonferenz und Tarifauschubung erfolgt nach Maßgabe des Abschlusses dieser Tagungen und eventuell zu freierhand besonderer Bestimmungen. Es wird natürlich alles ausgebaut werden, die Kollegen so schnell wie möglich zu informieren. Das nach den Augustverhandlungen der „Typograph“ entzogenen sonstiger Gepflogenheit sein Erscheinen am Orte der Tagung des Tarifauschusses dazu benutzte, ein kurzes Bild schon an dem Tage zu bringen, wo „Korr.“ und „Zeitschrift“ auf schnellstem Wege das Beschlußprotokoll erst in Leipzig erhalten konnten. hat zu ganz unverständigen Bemerkungen Veranlassung gegeben. Durch Erscheinen einer Extrausgabe sind unsre Leser dann aber vollständig am ehesten unterrichtet worden. Bei der Gelegenheit möchten wir bemerken, daß in den graphischen Berufen wie auch in andern Gewerben die Tarifverhandlungen häufig wochenlang gehen, ohne daß berichtet werden kann; bei uns werden definitive Beschlüsse überhaupt erst zum Schluß gefaßt. Nirgends sonst gibt es eine solch eingehende Berichtserstattung und Besprechung derartiger Verhandlungen; auch die nachherige (manchmal ganz überflüssige) Stellungnahme einzelner in der Presse kennt man anderswo nicht. Wir möchten bei der Gelegenheit die Möglichkeit andeuten, daß infolge noch erzwogener weiterer klarer Selbstbeschränkung für Licht- und Kraftentnahme der „Korr.“ künftig erst später zur Auslieferung bei der Zeitungspost gelangen könnte.

**Nachdemworte Belpfete.** Zur Erinnerung an das 75jährige Bestehen des „Fierlohnere Kreisanzelgers“ bedachte der Verleger, Herr Walter Wichehoben, das gesamte Personal mit einer Spende. Die Gehilfen erhielten 100—200 Mk., Beurlinge und Hilfspersonal 25—100 Mk. Anlässlich der Gewährung einer Wirtschaftsbefehle seitens

der Fierlohnere Prinzipale im Monat Oktober in Höhe von 100 Mk. zahlte Herr Wichehoben diesen Betrag an die über 24 Jahre alten Gehilfen aus. — Der Parteilbetrieb der „Volksweltung“ in Mainz bewilligte seinen verheirateten Gehilfen und Hilfsarbeitern je 200, den ledigen je 100 Mk. Weibliche Hilfsarbeiter erhielten 70, 50 und 40 Mk. als sogenannte Wirtschaftsbefehle. Die Mainzer Bergamtsanstalt zahlte am verfloffenen Sonntag dem Gesamtpersonal einen doppelten Wochenlohn einschließlich aller Feuerungszulagen.

**Gehilfenprüfungen.** Bei den Herbstprüfungen im Handwerkskammerbezirk Oppeln maldesten sich 7 Prüflinge, und zwar 6 Geber und 1 Schweizerdegen. Davon bestanden: 1 Geber mit „Gut“, 1 mit „Stemlich gut“, 3 mit „Genügend“, 1 Geber hat nicht bestanden, 1 Schweizerdegen mit „Genügend“.

**Ein krautiges Belpfete!** Vor kurzem konnte der Faktor der Buchdruckerzeitung Hiesel & Hiesel in Leipzig auf eine 25jährige Tätigkeit in der genannten Firma zurückblicken. Die Inhaber des Betriebs hielten es jedoch nicht einmal für nötig, diesem Manne für seine langjährigen Dienste auch nur mit einem einzigen Worte zu danken. Dabei handelt es sich um eine Buchdruckerzeitung, deren Ertragsliste ihre Inhaber zu reichen Leuten werden ließ. Ein solches Verhalten gegenüber Mitarbeitern, die fast ein ganzes Menschenalter ihre Arbeitskraft ein und demselben Betriebe gewidmet haben, steht unter aller Kritik. Hier heißt es nur: tiefer hängen! Auf solche Weise wird noch der letzte Funken von Arbeitslust erstickt, besonders in der heillosen schweren Zeit. Hier zeigt sich in geradezu schmerzhaftem Leiden die Wirkung jener famosen Leipziger Ausschicht von Prinzipalsseite an den Faktorenbund, die wir schon in Nr. 125 in dem Artikel „Wie bei den Faktoren abgelehnt“ werden sollte“ zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht haben.

**Die Buchhändler als „Seelforger“** für das lesende Volk. In einem Vortrag über „Die Zukunft des deutschen Buches“ in Leipzig vertrat ein Herr Dr. Lehmann u. a. den Standpunkt, daß der Verleger nicht nur Geschäftsmann, sondern zugleich eine Art „Seelforger“ für das lesende Publikum sein sollte. Das hört sich ganz schön an, aber wir glauben, daß das deutsche Volk alle Ursache hätte, einen solchen Bevormundung aus literarischem Gebiete den schärfsten Protest entgegenzusetzen. Wenn man nämlich an die einseitige und flüchtigere Kriegerliteratur, wie überhaupt an die gesamte privatkapitalistische und burrapatriotische Weltanschauung der Vergangenheit denkt, so wäre es höchste Zeit, daß der ganze Buch- und Schriftenerwerb auf neue und freierwilligere Grundlagen gestellt werden müßte. Vor allen Dingen sollte jede Art Verflechtung geistiger Nahrung durch Schrift und Bild dem Proffistreiben einzelner Personen entzogen und durch Beauftragung der Gesamtheit des Volkes ohne jede Abhängigkeit von dem finanziellen Ertrage des Verlagswesens organisiert und verwaltet werden. Damit soll gar nicht bestritten werden, daß es auch unter den Buchhändlern schon Männer gegeben hat und noch gibt, die für wirklich geistige Kulturfortschritte Opfer gebracht haben und noch bringen. Diese Tatsache kann und darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der größte Teil unserer Literatur fast durchweg nur auf privatkapitalistische Profitinteressen zugeschnitten ist, weshalb auch die geistige Kultur unserer Tage weit mehr dem Mammonismus huldigt als sozialer Menschheitskultur.

**Produktive Erwerbslosenfürsorge.** Die Reichsregierung will die Erwerbslosenfürsorge auf eine andre Grundlage stellen, und zwar unabhängig von der geplanten Arbeitslosenversicherung, da diese doch nur einem Teile der Erwerbslosen angute käme. In erster Linie sollen die Arbeitslosen produktiver Arbeit zugeführt werden. Allgemein war man bei den Beratungen, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, der Ansicht, daß an einen Abbau der Erwerbslosenfürsorge oder -unterstützung vorläufig noch nicht zu denken sei. Auszuschalten seien die vielen, die zu Unrecht Unterstützung erhielten; gezielte Maßnahmen hierbei seien im Gange. Mit Ablauf dieses Jahres werde eine Milliarde Mark für Erwerbslose ausgegeben sein, eine weitere Milliarde werde bis dahin als Unterstützung öffentlicher Arbeiten aus Reichsmitteln gezahlt sein. Fortab soll die Unterstützung öffentlicher Notstandsarbeiten mit der Erwerbslosenunterstützung verbunden werden. Die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten sollen besser als bisher ausgenutzt werden. Viel erwartet man in dieser Beziehung von der gegenwärtig im Schwunge begriffenen Umgestaltung der Arbeitsnachwelse. Schwierig sei das Unternehmungsproblem, besonders für Bergbau und Landwirtschaft, ferner die Beschaffung von Arbeitskräften, Schutzwesen und Handwerkszeug. Zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten sollen Reichszuschüsse im Verhältnis der gezahlten Erwerbslosenunterstützungen gewährt werden. Als Empfänger dieser Unterstützungen kämen in Betracht öffentliche Verbände und Organisationen sowie Arbeitsgemeinschaften. Der Vertreter der Arbeitsnachwelse forderte vor allem einen besseren Ausgleich des Arbeitsmarktes. Die neue Arbeitsbeschaffung könne nur als Ergänzung Wert haben. Im Reichsarbeitsamt soll eine neue Stelle geschaffen werden zur Vereinfachung des Arbeitsnachwelseswesens. Eine stärkere Kontrolle der Arbeitslosen, auch hinsichtlich der Arbeitsannahme, wurde angeregt. Von industrieller Seite wurde betont, daß Notstandsarbeiten nichts helfen könnten und Luxus seien! Die Industriefreier versprechen sich einen Erfolg selbstverständlich nur durch Erhöhung der Erzeugung. Die Industriefreier sind ja stets die lautesten Schreier gewesen, daß nur vermehrte Arbeit uns retten könnte. Es bleibt nur festzuhalten, daß diese Prediger der Arbeit aus Industriefreierkreisen oft selber am wenigsten produktive Arbeit leisten und sich zumeist im Klubfest herumdrücken.

